

3933/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.05.2002

DRINGLICHE ANFRAGE

gem. § 93 Abs. 2 GOG-NR

der Abgeordneten Dr. Alfred Gusenbauer
und Genossinnen
an den Bundeskanzler

betreffend **völliges Versagen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik**

40.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr und das Monat für Monat sollten für diese blau-schwarze Regierung endlich ein Grund sein zu handeln. Ein großer Teil dieses Arbeitslosenanstiegs ist hausgemacht. Das überfallsartige Hinaufsetzen des Pensionsalters treibt so genannte Ältere in die Arbeitslosigkeit und versperrt den Zugang für die Jungen auf den Arbeitsmarkt, der Aufnahmestopp des Bundes führte zu zusätzlichen Arbeitslosen, die Belastungspakete der Regierung haben die Kaufkraft geschwächt und dadurch zu weniger Nachfrage in vielen Wirtschaftsbereichen geführt.

Ende April 2002 lag die Zahl der unselbstständig Beschäftigten (ohne geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) mit 3,128.691 (Männer: 1,727.796; Frauen: 1,400.895) um -1.410 (-0,05 Prozent) unter dem Vorjahreswert. Gleichzeitig waren in Österreich Ende April 231.167 Personen als arbeitslos vorgemerkt, das ist gegenüber Ende April des Vorjahres ein Anstieg um 20,8 Prozent oder +39.776 Personen.

Diese Bundesregierung schweigt diese katastrophalen Zustände tot, anstatt etwas zu unternehmen. Die Haider-Schüssel-Koalition hat die weltweite Rezession, die auch Österreich in hohem Ausmaß betroffen hat, monatelang geleugnet und keinerlei Konzepte vorgelegt, geschweige denn Gegenmaßnahmen eingeleitet. Im Gegenteil: Blau-schwarz hat die Arbeitslosenversicherung ausgeräumt und verwendet die Überschüsse zum Stopfen ihrer Budgetlöcher.

Die Arbeitslosenzahlen explodieren und was tut diese Regierung, sie will arbeitslose Menschen noch stärker bestrafen. Diese Bundesregierung nimmt dem AMS in dieser bedenklichen Situation Mittel weg. Es werden in den Jahren 2000 bis 2002 nahezu € 2,69 Mia. (37 Mia. Schilling) aus der Arbeitslosenversicherung abgeschöpft. Diese Eingriffe tragen die Hauptschuld an der sich abzeichnenden dramatischen Budgetentwicklung im AMS.

Für 2001 ist der Abgang rund € 290,7 Mio. (4 Mia. Schilling) für das Jahr 2002 wird ein Abgang von mehr als € 290,7 Mio. (4 Mia. Schilling) erwartet.

Obwohl die Arbeitsmarktrücklage für das Jahr 2001 mit € 109 Mio. (1,5 Mia. Schilling) sofort verfügbaren Barmittel dotiert ist und die Arbeitslosenzahlen explodieren, will diese Bundesregierung damit das Nulldefizit besichern und die Mittel für Arbeitsmarktprojekte nicht erhöhen.

Damit werden sämtliche Spielräume für arbeitsmarktpolitisches Agieren aufgegeben. Die Folge: Steigende Arbeitslosigkeit wird einfach in Kauf genommen, Arbeitslose werden für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht und wieder als arbeitsunwillige Ausnützer des Sozialsystems diffamiert und bestraft. Sie wollen das AMS völlig privatisieren, die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsmarkt finanziell auszuhungern, um dann den Arbeitslosenversicherungsbeitrag für Unternehmer einseitig zu senken.

Es geht nicht an, dass diese Bundesregierung nichts für Wachstum und Beschäftigung tut, aber sehr viel Geld für Abfangjäger und für Werbekampagnen verschwendet. 230.000 Arbeitslosen zahlen die Zeche für dieses Unvermögen!

Trotz der 230.000 Arbeitslosen klagen Österreichs Betriebe über Probleme, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Auch der Fachkräftemangel in Österreichs Wirtschaft macht das Versagen dieser Haider-Schüssel-Koalition in der Arbeitsmarktpolitik deutlich. Die zentrale Herausforderung ist daher grundsätzlich die Höherqualifizierung der Arbeitskräfte. Nur so ist die Diskrepanz zwischen bestehenden offenen Stellen und den arbeitslosen Menschen in unserem Land zu verringern. In der Ausbildung liegt die Zukunft auch für ältere Arbeitnehmer.

Die Regierung hat bereits im Vorjahr 32.000 Bewilligungen für Saisoniers erteilt, die Folge war eine steigende Arbeitslosigkeit im Tourismus. Jetzt will die Regierung das Saisoniermodell auf alle Branchen ausweiten. Das wird zu einem massiven Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt führen und gefährdet tausende Arbeitsplätze. In der Schweiz sind die negativen sozialen Auswirkungen des Saisoniermodells deutlich zu sehen. Deshalb rückt die Schweiz bereits von diesem Modell ab. In Österreich will die Regierung aber noch mehr Billigarbeitskräfte ins Land holen, weil die Wirtschaft das verlangt.

Die Frauenarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um über 17 Prozent angestiegen. Auch hier sieht die Bundesregierung untätig zu und nimmt vielen Frauen die Zukunftsperspektive. Erst vor wenigen Tagen hat Bundeskanzler großmündig angekündigt, die Frauenerwerbsquote bis 2005 auf 65 Prozent zu erhöhen und bezeichnete die Frauen als die "Hoffnungschancen am österreichischen Arbeitsmarkt".

Diese Aussagen sind ein Hohn für all jene Frauen, die Beruf und Familie, Kind und Karriere, Karenz und Qualifikation vereinbaren wollen. Denn die Regierung hat bisher die Weichen in eine völlig falsche Richtung gestellt. Anstatt jungen Frauen den Einstieg, Umstieg und Wiedereinstieg am Arbeitsmarkt zu erleichtern, wurden sämtliche Aktivitäten für die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungseinrichtungen eingestellt.

Besonders dramatisch ist der Zuwachs der Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Österreich neuerlich stärker gestiegen als die Gesamtarbeitslosigkeit.

Immer mehr junge Menschen finden in Österreich keinen Einstieg ins Berufsleben. Es ist eine Katastrophe, wenn junge Menschen nicht wissen, wie sie sich eine Existenzgrundlage schaffen sollen. Für das Schicksal dieser jungen Menschen trägt die Haider-Schüssel-Koalition die Verantwortung.

41.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 sind arbeitslos und bezahlen für das Nichtstun dieser Bundesregierung. In der Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit sogar um 28 Prozent gestiegen.

Auch die Situation am Lehrstellenmarkt in Österreich ist besonders angespannt. Derzeit suchen 3.400 junge Menschen eine Lehrstelle - ein Drittel mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen um 6 Prozent zurückgegangen.

Wirtschaftsminister Bartenstein hat Anfang Februar versprochen, dass jeder Jugendliche zumindest eine Lehrstelle bekommt. Seither ist nichts passiert! Diese blau-schwarze Bundesregierung raubt den jungen Menschen in Österreich ihre Zukunft. Hier ist dringender Handlungsbedarf gefordert.

Auch die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen steigt weiter an - 17 Prozent mehr ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im Vergleich zum Vorjahr arbeitslos. Besonders dramatisch ist der Anstieg bei den über 60-Jährigen um 60 Prozent. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch die überfallsartige Anhebung des Pensionsalters verursacht.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben häufig bereits vor Erreichen des Pensionsalters keine Chance mehr am Arbeitsmarkt. Diese Bundesregierung verschärft diese angespannte Situation noch. Überfallsartig wurde das Pensionsantrittsalter angehoben. Die Folge: Der Trend zur Arbeitslosigkeit im Alter nimmt dramatisch zu.

Statt permanent Horrorszenarien bezüglich unseres Generationenvertrags an die Wand zu malen, soll Bundeskanzler Schüssel endlich Beschäftigungsprogramme für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer starten und jenen Unternehmen Anreize bieten, die ältere Menschen eine Beschäftigung bieten bzw. in Beschäftigung halten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern den Bundeskanzler dringend zum Handeln auf. Aktives Eingreifen der Politik ist das Gebot der Stunde.

Wir wollen eine moderne Wirtschaftspolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Uns liegen die Menschen in diesem Land am Herzen. Wir kümmern uns um sichere und zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Wir forcieren eine Wirtschaftspolitik, die für hoch qualifizierte Arbeitsplätze sorgt und allen Menschen eine Chance zur Qualifikation bietet.

Aus diesem Grund fordern wir **10 Schritte für mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze:**

1. Modernisierung der österreichischen Arbeitsmarktpolitik

- **Sicherung der Finanzierungsgrundlagen für ambitionierte Arbeitsmarktpolitik**

insbesondere für Existenzsicherung und Qualifizierung angesichts der aktuellen Herausforderungen durch den Konjunkturabschwung, den mittelfristigen Anforderungen aus der EU-Erweiterung, der demographischen Alterung der Erwerbsbevölkerung und der weiter zunehmenden Flexibilisierung und Dynamisierung der Arbeitsmärkte

- **Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Prävention von Arbeitslosigkeit:** Auf- und Ausbau arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit; nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Arbeit Suchende durch entsprechende Qualifikationsmaßnahmen (Stabilisierung häufig durchbrochener Erwerbsverläufe)

- **Aktive Arbeitsmarktpolitik als Element (regionaler) Wirtschaftsentwicklung:** gezielte Unterstützung der (regionalen) Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung durch einen Beitrag zur Beseitigung von Qualifikationsengpässen

- **Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Sicherung des Zuganges zum Arbeitsmarkt für alle Personengruppen** (Langzeitarbeitslose, sozial ausgegrenzte Menschen, Migrantinnen, Ältere, Frauen, Jugendliche, behinderte Menschen)

- **Erhöhte KundInnenorientierung** bei der Umsetzung von Arbeitsmarktpolitik (Verbesserung der Betreuungs- und Beratungsmöglichkeiten für Arbeit Suchende und Betriebe; konsequente Ausrichtung aller Maßnahmen und Geschäftsprozesse an den Bedürfnissen der AdressatInnen der Arbeitsmarktpolitik)

- **Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit und Armutsvermeidung** (Erhöhung der Leistungsniveaus; Beseitigung der sozialen Unausgewogenheit des Notstandshilferechts vor der Benachteiligung der Frauen; Zugang zur Arbeitslosenversicherung für atypisch Beschäftigte)

- **Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit:** Ausgestaltung des Leistungsrechtes der Arbeitslosenversicherung zu einem Instrument zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (nachhaltige Erhöhung des Qualifikationsniveaus Arbeit suchender Arbeitnehmerinnen)

2. Verbesserung der Jugendbeschäftigung - Ausbildungsgarantie für Jugendliche

Während die Arbeitslosigkeit der 15- bis 18-jährigen Jugendlichen im April dieses Jahres mit 4.244 um 616 oder 17,0 Prozent anstieg, entfiel der überwiegende Teil der Zunahme auf die 19- bis 24-Jährigen und zwar +7.136 bzw. +28,8 Prozent auf 31.941 Ende April.

Wir brauchen daher dringend eine Offensive zur Verbesserung der Jugendbeschäftigung. Wir fordern einen **Jugendbeschäftigungsgipfel**, der einen rasch umzusetzenden Maßnahmenkatalog ausarbeiten soll.

Weiters fordern wir

- die uneingeschränkte Fortführung der Maßnahmen des **“Auffangnetzes für Jugendliche”** nach dem Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz
- ein Ende der Sparpolitik im Bildungsbereich: es ist untragbar, dass berufsbildende Höhere Schulen junge Menschen abweisen müssen, weil sie nicht genug Geld zur Verfügung haben.
- die Einführung des Pflichtfachs “Berufsorientierung” in den Mittelstufen.

Zusätzlich fordert die SPÖ eine verbesserte Ausbildung für Lehrlinge und Facharbeiterinnen. Ein **Lehrlingsfonds** soll die beste Ausbildung für junge Menschen in den Betrieben sichern. Betriebe, die zwar keine Lehrlinge ausbilden, aber von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren, sollen einen angemessenen Beitrag in den Fonds einzahlen. Dieses Geld soll dann jenen Betrieben zugute kommen, die Lehrlinge ausbilden. Damit wäre für mehr Wettbewerbsgerechtigkeit in der Wirtschaft gesorgt.

Das duale Ausbildungssystem garantiert den hohen Standard von Österreichs Lehrlingen und sichert damit langfristig unsere Position im Standortwettbewerb. Die SPÖ will daher die **duale Ausbildung ausbauen**.

3. Frauen die Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden jungen Frauen die volle Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen. Keine junge Frau in Österreich soll sich um das Wohl ihrer Kinder sorgen müssen, wenn sie arbeiten gehen will.

Der Wiedereinstieg ins Berufsleben ist für Frauen nach der Karenz mit vielen Hürden verbunden. Gerade in Zeiten einer angespannten Arbeitsmarktsituation braucht es mehr Unterstützung für Frauen. Die SPÖ fordert daher verstärkt Wiedereinstiegshilfen auch bereits während der Karenz und flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen.

Im April 2002 waren 104.065 Frauen arbeitslos, davon waren 16.375 unter 25 Jahre alt.

Obwohl der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen bekannt und die aktuellen Arbeitslosenzahlen alarmierend sind, tut die blau-schwarze Regierung nichts. Im Gegenteil:

Durch das Abziehen von AMS-Geldern ins reguläre Budget vergrößert Kanzler Schüssel das Problem sogar noch.

Frauen, die ihre Berufstätigkeit für die Kinderbetreuung unterbrechen und anschließend in den Beruf zurückkehren wollen, haben ein Recht auf Unterstützung beim Wiedereinstieg. Schulungsmaßnahmen und individuelle Beratung sind wichtige Starthilfen. Sie müssen auf die Bedürfnisse der Frauen abgestimmt sein und ein Sprungbrett ins Berufsleben bieten. Ebenso entscheidend sind flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, auch für Kinder unter drei Jahren.

Damit der Wiedereinstieg klappt, brauchen Frauen eine zweite Chance. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen den Frauen in Österreich ein Angebot:

- Je länger die Berufsunterbrechung zur Kinderbetreuung dauert, desto schwieriger wird die Rückkehr ins Berufsleben. Die SPÖ setzt sich daher für **umfassende Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen** für Frauen ein, um den Wiedereinstieg zu erleichtern. Notwendig sind Schulungen zur Weiterqualifikation, aber auch Umschulungen in neue Berufsfelder. Besonders wichtig dabei ist eine umfassende persönliche und individuelle Beratung, um sich nach längerer Berufsunterbrechung am Arbeitsmarkt neu orientieren zu können. Nur eine gute Mischung aus Weiterbildung und persönlicher Beratung kann eine hohe Erfolgsquote beim Wiedereinstieg garantieren.
- Die SPÖ setzt sich weiters für **Online-Kurse als wichtiges Zusatzangebot** ein, die von zu Hause absolviert werden können. Lernen über das Internet ermöglicht den Frauen, sich bereits frühzeitig in der Karenz weiterzubilden und sich die Zeit dafür frei einzuteilen. Diese Online-Kurse könnten von Betrieben aber auch von Weiterbildungseinrichtungen angeboten werden.
- Die SPÖ fordert, dass **Frauen bereits während der Karenz die Möglichkeit haben, an innerbetrieblichen Schulungen teilzunehmen**. Die Betriebe sind gefordert, sich um die Schulung ihrer Mitarbeiterinnen auch während der Karenz zu kümmern. Der Vorteil liegt für beide Seiten klar auf der Hand: Die Frauen bleiben mit den Firmenabläufen vertraut und verlieren nicht den Kontakt zu den Kolleginnen. Die Unternehmen gewinnen nach dem Wiedereinstieg eine Mitarbeiterin zurück, die ihre Aufgaben ohne weitere Einschulung sofort wieder übernehmen kann.
- Die SPÖ setzt sich für **flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österreich ein**. Besonderes Augenmerk ist auf den Ausbau der Betreuung von unter 3-Jährigen zu legen. Für 240.000 Kinder unter drei Jahren gibt es in Österreich derzeit nur 18.500 Betreuungsplätze.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die **Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen an die Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden**. In Zukunft soll sich keine junge Frau in Österreich mehr um das Wohl ihrer Kinder sorgen müssen, wenn sie arbeiten gehen will.

- Das von der blau-schwarzen Bundesregierung eingeführte Kindergeld setzt Anreize für längere Berufsunterbrechungen. Ohne umfassenden Kündigungsschutz wird das Kindergeld allerdings zu einem Schleudersitz ohne Fallschirm. Daher setzt sich die SPÖ dafür ein, dass der **Kündigungsschutz an die Bezugsdauer des Kindergeldes angepasst** wird (30 Monate), um den Frauen das Rückkehrrecht auf den Arbeitsplatz zu garantieren.

- **Mitbestimmung bei der Arbeitszeit** ist laut einer Erhebung der Bundesarbeiterkammer die wichtigste Forderung von Frauen mit Betreuungspflichten. Die Erfahrung zeigt: Dienstpläne, die in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen entstehen, führen zu höherer Motivation und Arbeitszufriedenheit.

Das **Recht auf Teilzeit bis zum Schuleintritt des Kindes** muss gesetzlich festgeschrieben werden. Gleichzeitig muss aber ein **Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz** vorgesehen sein. Die SPÖ spricht sich für ein partnerschaftliches Modell in der Erziehungsarbeit aus. Dieser Rechtsanspruch soll nicht nur geblockt, sondern nach Bedarf in Anspruch genommen werden können.

Frauen wollen Familie und Beruf unter einen Hut bringen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass dies möglich ist. Die SPÖ wird dafür sorgen, dass Kind und Karriere vereinbar sind. Das muss in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein.

4. Verbesserung der beruflichen Qualifikation

Spätestens ab dem 40. Lebensjahr muss in das berufliche Wissen und Können von Arbeitnehmerinnen investiert werden, damit diese ihre Beschäftigungsfähigkeit im Alter nicht aus Gründen veralteter Qualifikation verlieren. Die **Verlängerung des Verbleibes im Erwerbsleben** zählt zu den zentralen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Anforderungen der EU, der Europäische Rat von Stockholm hat den Mitgliedstaaten das Ziel vorgegeben die Erwerbsquote der älteren Menschen bis 2010 auf 50 Prozent der generellen Erwerbsquote zu erhöhen. Daher ist ein Programm notwendig, das sich an beschäftigte Arbeitnehmerinnen ab dem 40. Lebensjahr wendet und diese bei der Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen (Umschulung, Höherqualifizierung) unterstützt (Kofinanzierungsmodell unter Berücksichtigung des Einkommens) und auf erkannte Qualifikationsdefizite auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet ist.

5. Rechtsanspruch auf berufliche Qualifikation für arbeitslose

Arbeitnehmerinnen

Moderne, zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik begreift das Leistungsrecht der Arbeitslosenversicherung nicht als Sanktionsinstrument für Arbeitslose, sondern nutzt es für möglichst nachhaltige Reintegration in den Arbeitsmarkt.

Mehr als 80 Prozent der rund 750.000 beim AMS pro Jahr vorgemerkten Arbeit Suchenden sind binnen drei Monaten vermittelt. Die restlichen 20 Prozent brauchen intensivere Hilfe und Unterstützung, um wieder eine Beschäftigung zu finden, die ihren Lebensumständen entspricht. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Qualifikationsdefizite, die diese Menschen alleine nicht im Stande sind zu beheben.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass Arbeit Suchende ohne so genannte "Wiedereinstellungszusage" (also der Vereinbarung des Wiederantrittes der Beschäftigung beim vorigen Arbeitgeber) ab dem dritten Monat ihrer Arbeitslosigkeit einen **Rechtsanspruch auf die Förderung einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme** auf Basis zwischen AMS und der betreffenden Person vereinbaren und für beide Seiten **verbindlichen Beratungs- und Betreuungsplanes** zur Stabilisierung der Beschäftigungslaufbahn eingeräumt erhalten.

6. Qualifizierungsoffensive für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Einführung eines **Bildungsprämienmodells** soll dazu führen, dass die enorme Lücke geschlossen wird, die es im Weiterbildungsbereich in Österreich gibt. Und zwar nicht durch ein zentralisiertes System der Weiterbildung, sondern durch verbesserte Chancen für jeden Einzelnen, zu dieser Weiterbildung zu kommen.

Es müssen natürlich auch die **erforderlichen Bildungskarenzen zur Verfügung gestellt werden**, damit die Menschen auch die Möglichkeit haben, diese Weiterbildungsformen zu konsumieren und zu absolvieren, wobei diese Bildungskarenzen bedeutend flexibler gehandhabt werden sollten, unter anderem weil viele dieser Ausbildungsformen auch während weiterer beruflicher Tätigkeit absolviert werden können.

7. Steuererleichterungen für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen

Die SPÖ will die Steuerlast der Klein- und Mittelbetriebe um eine Milliarde Euro senken. Unternehmerinnen, die bereit sind zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, sollen entlastet werden. Damit werden der österreichischen Wirtschaft echte Wachstumsimpulse gegeben.

Konkret soll ein **“Investitionsfreibetrag NEU“ von 30 Prozent** den österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmern Neuinvestitionen in ihre Betriebe erleichtern und so die österreichische Wirtschaft stärken. 30 Prozent jener Neuinvestitionen, die den Durchschnitt der Investitionen der letzten drei Jahre übersteigen, sollen steuerlich frei bleiben. Das erleichtert auch die betriebswirtschaftliche Kalkulation.

Ein **Stabilitätsfonds soll die Existenz der KMU absichern**. Dieser Stabilitätsfonds, etwa im Rahmen der Finanzierungsgarantiegesellschaft, soll im Wege von Haftungen Bankkredite zu Bestkonditionen bereitstellen und damit den Unternehmerinnen wirksam, rasch und unbürokratisch unter die Arme greifen. Durch die Bestimmungen des Basel-II-Abkommens verteuern sich vor allem Kredite für kleine Familienbetriebe. Gerade sie sind aber der Lebensnerv unserer Wirtschaft. Wir werden dafür sorgen, dass diese Unternehmen nicht zusperren müssen, nur weil sie für Großbanken nicht kreditwürdig genug sind.

Die SPÖ will die Chancen der EU-Erweiterung nutzen, aber auch eine gute Vorbereitung sicherstellen: Flexible Übergangsfristen im Dienstleistungsbereich, ähnlich wie bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, sollen unseren Unternehmerinnen die Möglichkeit bieten, sich auf die Erweiterung optimal vorzubereiten. Die SPÖ ist davon überzeugt, dass ein vereintes Europa für die Österreicherinnen und Österreicher viele Vorteile bringt. Neue Märkte bieten neue Chancen und Investitionsanreize. Mit ihrem großen Know-how- und ihren hohen Qualitätsstandards werden besonders KMU von der EU-Erweiterung profitieren.

8. Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen

Um die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt zu entschärfen, die Konjunktur anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, schlägt die SPÖ eine Steuerreform vor, die vor allem kleine und mittlere Einkommen stark entlastet. Damit wird die Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher gestärkt.

Sozial gerecht ist das SPÖ-Steuerreformmodell, weil damit **die kleinen und mittleren Einkommen um jeweils 1 Milliarde Euro entlastet** würden. Nach unseren Vorstellungen sollen die Einkommensschwächsten im Ausmaß von 850 Euro jährlich (zirka 11.700 Schilling) profitieren, die etwas höheren Einkommen sollen jährlich um 430 Euro (5.917 Schilling) entlastet werden. Weiters ist mit diesem Modell nicht nur eine Reduktion der Steuerbelastung, sondern auch eine Anhebung der Negativsteuer geplant. So sollen Bezieherinnen von Niedrigsteinkommen, die bereits heute keine Steuern zahlen, jährlich um bis zu 110 Euro mehr erhalten.

Wirtschaftlich sinnvoll ist dieses Modell, weil mit der Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen die Kaufkraft gestärkt wird und damit Wachstumsimpulse der heimischen Volkswirtschaft unterstützt werden.

Die Steuerreform, mit der **ein zusätzlicher Wachstumsimpuls von bis zu 700 Millionen Euro** durch die Entlastungen zu erwarten ist, ist durch den Verzicht auf den Ankauf von Abfangjägern, der Umsetzung der SPÖ-Vorschläge zur Bekämpfung des Schwarzunternehmerrums, den Verzicht auf die Lohnnebenkostensenkung sowie Verzicht auf zusätzliche Förderungen in der Landwirtschaft und der Ausweitung des Verteidigungsbudgets und zu durch erwartende Einsparungen durch die Verwaltungsreform voll finanzierbar. In letzterer Angelegenheit hat die Vizekanzlerin 500 Millionen Euro angekündigt.

9. Investitionen in die Infrastruktur

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern seit Monaten Investitionen in die Infrastruktur, um Beschäftigung und Arbeitsplätze zu schaffen. Aber Blau-Schwarz stellt sich taub.

Derzeit sind Straßen- und Schienenprojekte im Umfang von € 3,3 Mrd. baureif. Diese Projekte müssen sofort umgesetzt werden!

Besonders vordringlich sind angesichts der bevorstehenden EU-Erweiterung Investitionen in die Westbahn und die West-Autobahn. Weiters ist der Ausbau und die General Sanierung jener Bahnhöfe vorzunehmen, die bereits projektiert sind. Die Investitionen sind über eine verursachergerechte LKW-Maut zu finanzieren.

10. Bekämpfung von organisiertem Sozial- und Steuerbetrug

Durch organisierte illegale Beschäftigung tritt ein bedeutender volkswirtschaftlicher Schaden ein. Das Volumen der **Wertschöpfung aus Schwarzarbeit wird mit Milliardenbeträgen veranschlagt**. All dies ist begleitet von einer Verdrängung legaler, sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherter Arbeitsverhältnisse in den Schwarzmarkt und begründet Lohndumping durch illegale Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Dies muß durch effiziente Maßnahmen bekämpft werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler nachfolgende

Anfrage:

- 1) Wie wird sich die Gebarung der Arbeitsmarktpolitik 2002 und 2003 entwickeln?
- 2) Wird die Bundesregierung die Ankündigung der Absenkung des ALV-Beitrages um 0,5 Prozent vornehmen?
- 3) Werden Sie darauf hinwirken, dass der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage von € 109 Mio. für aktive Arbeitsmarktpolitik vornimmt?
- 4) Der Verwaltungskostenersatz des Bundes an das Arbeitsmarktservice ist mit rund € 210 Mio. gedeckelt. Davon können schon jetzt Personalkosten nicht bezahlt werden,

daher werden bislang Rücklagen im AMS aufgelöst. Diese Möglichkeit besteht jedoch letztmalig im Jahr 2002. Wird die Bundesregierung dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage übermitteln, in der eine Aufstockung des Verwaltungskostenersatzes geplant ist?

- a) wenn ja, wie hoch wird aufgestockt?
 - b) wenn nein, nehmen Sie den notwendigerweise folgenden Personalabbau im AMS einfach zu Kenntnis?
- 5) Werden Sie darauf hinwirken, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit heuer und im nächsten Jahr Maßnahmen für die von der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung besonders betroffenen Gruppe der Arbeitnehmer mit lediglich Pflichtschulausbildung vornimmt?
 - 6) Warum reagiert die Bundesregierung nicht auf den regionalen und sektoralen Arbeitskräftemangel bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit ?
 - 7) Warum setzt diese Bundesregierung keine Maßnahmen berufsbezogener Erwachsenenbildung um allfällige Qualifikationsdefizite auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen?
 - 8) Wie hat sich die Altersteilzeit entwickelt?
 - 9) Welche finanziellen Folgen resultieren daraus für die Gebarung der Arbeitsmarktpolitik heuer und in den Folgejahren?
 - 10) Wie wird die Bundesregierung ihre Finanzierung sichern?
 - 11) Plant die Bundesregierung die Altersteilzeit fortzuführen?
 - a) wenn ja, unter welchen Bedingungen?
 - b) wenn nein, was plant die Bundesregierung an ihre Stelle zur Sicherung der Beschäftigung Älterer?
 - 12) Welche Maßnahmen und welche Zeitvorgaben setzt sich die Bundesregierung um die ehrgeizigen Zielvorgaben der Europäischen Räte von Lissabon und Stockholm (Anhebung des Pensionsantrittsalters, Beschäftigungsquote der 50-65-jährigen auf 50% anheben) in Österreich zu realisieren?
 - 13) Welche Zwischenziele werden dabei verfolgt?
 - 14) Plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang einen Qualifikationsschwerpunkt für die heute 40 - 45-Jährigen?
 - a) wenn ja, welche finanziellen Mittel wird die Bundesregierung dafür bereitstellen?
 - b) wie viele Personen in dieser Altersgruppe sollen erreicht werden?
 - 15) Warum hat die Bundesregierung bisher keinerlei Maßnahmen gesetzt, um den Berufseintritt des Schulentlassjahrganges 2002 zu sichern?
 - 16) Werden Sie darauf hinwirken, dass eine Sonderfinanzierung für das AMS zur Umsetzung des JASG im Herbst 2002 über die für heuer dafür dem AMS zur Verfügung gestellten ungenügenden € 7,27 Mio. (ATS 100 Mio.) hinaus zur Verfügung gestellt werden?
 - 17) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Sicherung einer Lehrausbildung für alle Lehrstellensuchenden im Jahr 2003?
 - 18) Wie wird die Finanzierung dafür erfolgen?

- 19) Werden Sie sich in diesem Fall dafür einsetzen, dass das AMS eine Sonderfinanzierung für das Jahr 2003 erhält?
- 20) Welche eigenständigen Maßnahmen plant die Bundesregierung um die Investitionen der Länder im Hinblick auf die Bereitstellung flächendeckender Kinderbetreuungseinrichtungen mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten anzukurbeln?
- 21) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Recht auf Teilzeitarbeit bis zum Schuleintritt des Kindes sowie ein Rückkehrrecht zu einem Vollzeitarbeitsplatz normiert wird?
- 22) Werden Sie darauf hinwirken, dass der Kündigungsschutz der Dauer des Bezuges von Kindergeld angepasst wird?
- 23) Warum setzt diese Bundesregierung keine entsprechenden Maßnahmen um Frauen bzw Mädchen auch in technischen und besser bezahlten Berufen zu etablieren?
- 24) Ist die Steigerung der Steuer- und Abgabenquote auf (laut EU-Statistik) 47 Prozent des BIP und damit auf einen historischen Höchststand für Sie ein Beweis dafür, dass das "Null-Defizit" - wie von Ihnen mehrfach angekündigt - überwiegend durch ausgabenseitige Sparmaßnahmen erzielt wurde?
- 25) In welchem Ausmaß wird die Bundesregierung eine Steuerreform 2003 durch zusätzliche Staatsschulden finanzieren?
- 26) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der geplanten Steuerreform 2003 die Verteilung der Entlastungseffekte auf Unselbständige und Selbständige deren entsprechenden Anteilen am Volkseinkommen (2:1) entsprechen?
- 27) Werden Sie darauf hinwirken, dass nicht nur entnommene Gewinne, sondern auch zusätzliche Investitionen steuerlich begünstigt werden?

Informeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 2 GOG-NR dringlich zu behandeln.